

Redebeitrag von Jutta Vogel zur Vorstellung auf dem Kreisparteitag der LINKEN
Teltow-Fläming am 24. November 2012 in Luckenwalde

Liebe Genossinnen und Genossen, werte Gäste,

„Der Pessimist klagt über den Wind, der Optimist hofft, dass der Wind sich dreht und der Realist hisst die Segel.“ (Adolphus William Ward)

Ich heiße Jutta Vogel und bewerbe mich um die Direktkandidatur für die LINKE zur Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis 62.

Im Sinne des Eingangszitates habe ich am 16. Oktober die Segel gehisst und habe mich bereit erklärt, für unsere Partei beim kommenden Bundestagswahlkampf ins Rennen zu gehen. Ich habe dies zu einem Zeitpunkt getan, als weder im Kreisverband Teltow-Fläming noch im Kreisverband Dahme-Spreewald eine Person sich deutlich zu einer Kandidatur positioniert hatte und ich tat es im Bewusstsein, dass Genossen, die mich gut kennen, diesen Schritt begrüßen. Die Tatsache, dass sich nun zwei Mitglieder unserer Partei der schwierigen Aufgabe stellen wollen, ist für mich eine selbstverständliche Situation in einer demokratischen Partei.

Wer bin ich?

Diese rhetorische Frage ist nicht in wenigen Sätzen zu beantworten, die Antwort umfasst ja mehr als einige biographische Eckdaten. Dennoch möchte ich genau mit diesen Eckdaten beginnen.

1951 in Cottbus geboren, lebe ich seit 2012 mit meinem Mann Hannes in Byhleguhre-Byhlen. Da es ja möglich ist, dass einige im Saal Byhleguhre-Byhlen nicht kennen, füge ich erklärend hinzu, dass es ein Spreewalddorf in der Nähe von Burg ist.

Hannes und ich haben gemeinsam vier, inzwischen erwachsene Kinder großgezogen, drei Söhne und eine Tochter.

1970 habe ich die Schule mit dem Abitur und einem Facharbeiterbrief als Elektromonteur abgeschlossen und bin zum Studium an die PH Dresden gegangen. Dort habe ich Mathematik und Physik studiert und das Studium 1974 mit einer Diplomarbeit beendet. Mit dem Titel der Diplomarbeit lässt sich wunderbar Eindruck schinden „Eine neunpunktige endliche Geometrie als Interpretation eines axiomatisch begründeten Spiegelungskalküls“.

Die vielen hundert Kinder und Jugendlichen, denen ich in den darauf folgenden 38 Jahren in meiner Tätigkeit als Lehrerin begegnet bin, verlangten allerdings mehr als hohe Fachkompetenz von mir.

Vertrauen in die Fähigkeit anderer, Respekt gegenüber den Mitmenschen, Verständnis, Verantwortungsbereitschaft und nicht zuletzt Humor sind mir in mehr als einer Abschlusszeitung bescheinigt worden, allerdings bescheinigte man mir auch die Tatsache, dass ich immer wieder mit der Uhr in Konflikt kam und so bin ich heute froh, diese Veranstaltung pünktlich erreicht zu haben und damit den Nachweis erbracht habe, dass man auch im fortgeschrittenen Lebensalter erfolgreich am Abbau seiner Schwächen arbeiten kann.

Von den 38 Jahren im Schuldienst habe ich 16 Jahre in der Schulleitung gearbeitet und seit 2003 bin ich auch in der Fortbildung der Pädagogen tätig. Letztere Tätigkeit übe ich zur Zeit noch als freie Bildungsreferentin aus, mein Schwerpunkt dabei ist die Ganztagschulentwicklung. Aus dem Schuldienst bin ich unter Inanspruchnahme eines Altersteilzeitmodells im Sommer diesen Jahres ausgeschieden und befinde mich also in der Ruhephase der Altersteilzeit.

Liebe Genossinnen und Genossen, aus vielen Gesprächen in den Basisorganisationen des Landkreises Dahme-Spreewald weiß ich, dass vor allem meine politische Entwicklung von Interesse ist und werde jetzt dazu sprechen. Welche politischen Erfahrungen kann ich nachweisen?

Ich komme aus einem eher christlich geprägten Elternhaus und habe als junger Mensch lange nach einer politischen Heimat gesucht. Mit 34 Jahren glaubte ich sie gefunden zu haben und wollte Mitglied der SED werden. Das war aber nicht möglich, da zu dieser Zeit Angehörige der Intelligenz nicht aufgenommen wurden. Ich fand es völlig unmöglich, dass eine Partei sich die Mitglieder nicht nach deren politischer Haltung sondern nach einem Aufnahmeschlüssel aussuchte und habe nie wieder den Versuch unternommen, der SED beizutreten. So war ich also parteilos bis zur so genannten Wiedervereinigung. Parteilos heißt ja aber nicht unpolitisch und so habe ich mich 1990 entschlossen, in die SDP/SPD einzutreten. Ich war für diese Partei sehr bald aktiv tätig im Ortsvorstand in Cottbus und als Delegierte auf mehreren Bundesparteitag in Bremen, Bonn und Essen. Durch diese drei Bundesparteitage, besser durch die Erlebnisse auf diesen drei Veranstaltungen, wuchs meine Skepsis gegenüber der Verlässlichkeit der SPD, was sich übrigens in den darauffolgenden 20 Jahren nur noch verfestigt hat. Es genügte dann ein Anlass, nämlich die Tatsache, dass im Kommunalwahlkampf die damalige PDS, in der mein Mann schon längst Mitglied war, von meiner SPD-Ortsgruppe mehrheitlich als politischer Hauptfeind deklariert wurde, für meinen Austritt aus der SPD.

In den Jahren danach habe ich als Parteilose an vielen Veranstaltungen der PDS teilgenommen und die Basisarbeit unterstützt. 2003 wurde ich auf der Liste der PDS in die Gemeindevertretung von Byhleguhre-Byhlen gewählt. Zur nächsten Wahl der Gemeindevertretung 2008 wurde ich schon als Parteimitglied der LINKEN in die Gemeindevertretung wiedergewählt. 2009 erfolgte dann die Wahl in den Kreisvorstand der LINKEN im Landkreis Dahme-Spreewald. 2011 wurde ich wieder in den Kreisvorstand gewählt und engagiere mich dabei besonders in der Arbeitsgruppe Kultur. Gemeinsam mit dem Genossen Jens Wollenberg haben wir das Friedensfest in Lübben im Sommer diesen Jahres organisiert und wir führen monatlich kulturpolitische Veranstaltungen durch.

In meinem Wohnort bin ich Mitglied im Seniorenbeirat und versuche gemeinsam mit Bürgern im Generationstreff die örtliche Kulturarbeit oder einfach das dörfliche Leben zu beleben. Seit 2010 arbeite ich zudem in der LAG Bildung der LINKEN mit.

Es war also bisher nicht die große Politik, in der ich mich bewegt habe. Aber in allen Bereichen suche ich immer das Gespräch mit den Menschen, ich habe begriffen, dass es wichtig ist, zuzuhören, die Sorgen ernst zu nehmen. Meine Verwurzelung hier in der Region, meine Bodenständigkeit und die Erfahrungen aus der Arbeit mit jungen Schülern und auch nicht mehr so jungen Eltern haben mir in vielen Situationen geholfen, Vertrauen zu gewinnen und ich bemühe mich, diesen Vertrauensvorschuss durch mein Handeln auch zu rechtfertigen.

Liebe Genossen und Genossinnen,

der dritte und für mich selbst entscheidende Aspekt in meiner Vorstellung ist die Beantwortung der Frage: Wofür stehst du, Genossin Vogel?

Plakativ könnte ich jetzt antworten, dass ich mich in allen Punkten den Zielen des Parteiprogramms unserer Partei verpflichtet fühle. Allerdings gibt es aus der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation und aus meinem privaten und beruflichen Kontext heraus Schwerpunkte, für die ich mich besonders einsetze.

Dazu gehören:

- eine aktive Friedenspolitik. Krieg ist für mich kein Mittel der Politik.
- ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen. Der Mensch braucht die Natur, Raubbau an ihr vernichtet Zukunftschancen.
- eine inklusive Gesellschaft, die Überwindung jeglicher Form von Diskriminierung.

Ich werde mich immer und überall gegen Neofaschismus und Rassismus einsetzen, ich habe es konkret getan letzte Woche in Halbe, wie auch schon in den Jahren davor und auch das Friedensfest ist dem Bedürfnis entwachsen, etwas gegen ein Erstarken dieses unsäglichen Gedankengutes zu tun. Ich weiß mich in dieser Frage, wie auch in der Frage der Ablehnung der Diskriminierung, ganz nahe bei vielen jungen Menschen, die sich eine viel deutlichere Auseinandersetzung von uns mit diesen Fragen wünschen. Und der Austausch mit diesen jungen Menschen, sei es bis vor kurzem als Lehrerin oder als Mutter, regt mich immer wieder zum Nachdenken an.

Einen weiteren Schwerpunkt in der politischen Auseinandersetzung stellen für mich die drängenden sozialen Fragen dar.

Die Forderungen

- gleicher Lohn bei gleicher Arbeit und einen gesetzlichen Mindestlohn,
- eine solidarische gesetzliche Rente, die Altersarmut verhindert,
- eine solidarisch finanzierte Krankenversicherung

werde ich mit allen meinen Möglichkeiten unterstützen.

Dabei wird es aus meiner Sicht im Wahlkampf auch darum gehen, die vielversprechenden Äußerungen der SPD zu diesen Fragen als das zu entlarven, was sie sind:

Ein verbales Bekenntnis zu sozialdemokratischen Werten, die dann wieder ganz schnell der Tagespolitik geopfert werden. Zitat aus einem Artikel im „vorwärts“ vom 20.11.2012:

„(der Journalist Albrecht von Lucke)... sieht hier vor allem ein Problem der Realpolitik, die von den Werten der SPD abweiche. Ein Zwist, der seit jeher die Sozialdemokratie geprägt habe, so Wolfgang Thierses Einwand.“

Den pseudosolidarischen Programmen (spätestens seit Schröder hat das Wort „Solidarität“ aus dem Mund von SPD-Politikern für mich einen faden Beigeschmack) gilt es Konzepte der LINKEN entgegenzusetzen und sie unseren Menschen als machbare Alternative zu erläutern. In Fragen der Rentenpolitik ist jedenfalls mit dem Positionspapier „Eine Rente zum Leben“ vom 19.09.2012 ein solches Konzept vorhanden.

Aus meinem beruflichen Kontext erklärt sich sicherlich mein Engagement für eine gute und für alle zugängliche Bildung von der Krippe über Ausbildung und Studium bis zur Weiterbildung.

In Pädagogenkreisen wird oft das chinesische Sprichwort zitiert: „Um ein Kind großzuziehen braucht es ein ganzes Dorf.“

Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist einerseits eine Haltungsfrage. Ich hatte vor einiger Zeit die Möglichkeit, mich mit einem Vertreter des finnischen Bildungsministeriums zu

unterhalten, der mich mit dem Satz: „Wir sind ein so kleines Land, wir können es uns nicht leisten, auch nur ein Kind zu verlieren“, beeindruckte.

Wir leisten uns ein Bildungssystem, das aussortiert und fallenlässt und das darüber hinaus noch ein kleinstaatlerisches Konkurrenzgebaren unter dem Motto: „Ätsch, wir sind in PISA besser“ zu Lasten unserer Kinder produziert.

Andererseits ist gute Bildung aber auch eine Frage der soliden Grundfinanzierung der Bildungsinfrastruktur vor Ort. Angesichts von Krise und Schuldenbremse ist die Finanzierung guter Bildung in den Ländern und Kommunen deutlich schwieriger geworden.

Das Verbot der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Bildung gilt seit der von der großen Koalition verabschiedeten Föderalismusreform von 2006 und wurde auf Druck der unionsregierten Länder Bayern, Hessen und Baden-Württemberg ins Grundgesetz aufgenommen. Damit fehlt der Aufgabe, Bildungsfinanzierung als Gemeinschaftsaufgabe von Bund, Ländern und Kommunen zu begreifen, derzeit die geeignete Grundlage.

Ich unterstütze deshalb die Forderung unserer Partei nach einer stärkeren und dauerhaften Bundesbeteiligung an der Bildungsfinanzierung sowie an der Lösung übergreifender Bildungsaufgaben, ohne die Kompetenz der Länder infrage zu stellen.

Liebe Genossen und Genossinnen,

die Zeit heute reicht sicherlich nicht aus, um mich und meine Haltungen noch tiefergehend zu hinterfragen. Wenn ihr das möchtet, stehe ich gern für Gespräche in euren Basisorganisationen zur Verfügung, im Landkreis Dahme-Spreewald habe ich fast alle schon besucht.

Ihr habt vielleicht bemerkt, dass ich gern auch mit Zitaten hantiere und möchte deshalb enden mit der Aussage, dass ich das chinesische Sprichwort: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen“ für mich eindeutig entschieden habe: Ich gehöre zu den Windmühlenerbauern.

Ich danke für eure Aufmerksamkeit.